

Antrag

Initiator*innen: Karl-Martin Hentschel (KV Plön)

Titel: **Ä1 zu A20: Steuergerechtigkeit stärken — globale Mindestbesteuerung konsequent umsetzen und ungerechte Ausnahmen bei großen Erbschaften abschaffen**

Antragstext

Von Zeile 34 bis 35 einfügen:

Staaten, schützt den Mittelstand vor unfairem Steuerdumping und stärkt die finanzielle Handlungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte – weltweit.

2. Die Verhandlungen der UN für eine Globale Steuerkonvention unterstützen

Seit 2 Jahren wird auf Beschluss der UN-Vollversammlung eine globale Steuer-Konvention vorbereitet. Die Bundesregierung wird aufgefordert, dass Deutschland sich bei den Verhandlungen zur Vorbereitung der UN-Steuerkonvention konstruktiv einbringt und das Bremserhaus verlässt. Dabei geht es insbesondere um:

- Eine weltweit einheitliche progressive Mindestbesteuerung von Multimillionären
- Die Festlegung der Besteuerungsrechte von internationalen Konzernen nach dem Standort der Wertschöpfung und des Umsatzes. Heute erfolgt die Besteuerung oft in Steueroasen, wo der Gewinn ausgewiesen wird, aber weder produziert noch verkauft wird oder sie erfolgt am Firmensitz des MNE.

Unterstützer*innen

Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde), Martin Drees (KV Plön), Rasmus Andresen (KV Flensburg), Jens Rathjen (KV Lübeck), Silke Schneider (KV Lübeck), Milena Vanini (KV Kiel), Oliver Voigt (KV Kiel), Carsten Nielsen (KV Flensburg), Ben Lüdke (KV Steinburg), Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen), Stefan Lansberg (KV Plön), Fabian Osbahr (KV Segeberg), Monika Heinold (KV Kiel), Bruno Hönel (KV Lübeck), Detlef Ziemann (KV Stormarn), Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde), Zoé Engel (KV Lübeck), Birgit Graf (KV Herzogtum Lauenburg), Monika Wegener (KV Rendsburg-Eckernförde), Oliver Brandt (KV Herzogtum Lauenburg), Reimo Schaaf (KV Ostholstein)